



Berlin, 19.09.2024 – Anlässlich des soeben einstimmig angenommenen Leitantrags „[Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune \(GVSG\) jetzt umsetzen!](#)“ erklären die Bundesvorsitzenden des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes, Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth und Dr. Markus Beier:

„Die Hausärztinnen und Hausärzte Deutschlands fordern die Ampel-Koalition und insbesondere Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach geschlossen auf, die Versprechen an uns und unsere Patientinnen und Patienten einzuhalten und das GVSG schnellstmöglich umzusetzen.

Die hausärztliche Versorgung ist das Fundament unseres Gesundheitssystems. Ihre Bedeutung wächst mit den aktuellen gesundheitspolitischen Herausforderungen. Das sehen wir jeden Tag in unseren Praxen, aber auch mit Blick auf die aktuellen Reformvorhaben. Ob es um eine stärkere Prävention und frühere Behandlung von Herz-Kreislaufkrankungen geht, um die Sicherung der völlig überlasteten Notfallversorgung oder um den Roll-out der elektronischen Patientenakte – kaum ein politisches Vorhaben im Gesundheitswesen kommt mehr ohne hausärztliche Ressourcen aus. Statt aber die Stärkung der hausärztlichen Praxen entsprechend oben auf die Agenda zu setzen, rückt das GVSG auf der Dringlichkeitsliste der Regierung immer weiter nach hinten und verschiebt sich Monat für Monat. Wir warnen die politischen Verantwortlichen eindringlich davor, immer mehr auf unsere Schultern zu laden und uns gleichzeitig am langen Arm verhungern zu lassen. Wer hausärztliche Versorgung bestellt, muss sie auch finanzieren.“

Pressekontakt

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
Bleibtreustraße 24 · 10707 Berlin
☎ 030 887 143 73-60
✉ pressestelle@haev.de
🌐 www.haev.de

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.

Bereits mehr als 32.000 Hausärztinnen und Hausärzte haben sich dafür entschieden, Mitglied in ihrem Hausärzteverband zu werden. Damit ist der Bundesverband mit seinen 18 Landesverbänden die größte berufspolitische Vertretung für Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland. Er vertritt die berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Krankenkassen, in Ärztekammern und Kassennärztlichen Vereinigungen.